

Niederschrift

Nr. 03/14

Pfi/öst

über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Gemeinde Denzlingen
am 11.02.2014

Beginn: 19:40 Uhr

Unterbrechung:

Fortsetzung:

Ende: 23:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Hollemann

Gemeinderäte: Otto Frey, Renate Baumgartner, Daniel Böhler, Rudolf Wöhrlin, Rolf Fehrenbach, Guido Echterbruch, Willi Kieninger, Elfriede Behnke, Jochen Himpele, Dr. Arnfried Kapp-Schwörer, Michael Dick, Reiner Uehlin, Christian Meyer, Silke Höfflin, Volkmar Bensch, Sylvia Loser, Bernhold Baumgartner, Erika Wolfesperger, Barbara Nübling, Ringold Wagner, Karin Zimmermann

Beamte, Angestellte,
usw.: Bauamtsleiterin Helga Monauni
VOAR Jürgen Sillmann
VOR Detlev Bühler
BOAR Hans-Jürgen Schneider
VOI Thorsten Schäuble
VAFr, Sibylle Pfister, Protokollführung

Sonstige Personen:

Es fehlten entschuldigt: Jochen Hilpert

Befangenheit:

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende, Bürgermeister Hollemann, fest, dass

- zu der Sitzung durch die Ladung vom 04.02.2014 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
- Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung am 06.02.2014 ortsüblich bekannt gegeben worden sind.

Hierauf wurde in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte eingegangen.

Es wurde folgende Tagesordnung erlassen:

1. **Fragen und Anregungen der Zuhörer**
 2. **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**
 3. **Kommunalwahlen 2014 - Bildung des Gemeindewahlausschusses**
1. Änderung
Anlage: Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 05/14, Nachtrag 1
 4. **Beratung und Beschlussfassung über die Anträge zum Haushalt 2014 und 1. Änderungsliste zum Haushalt 2014**
Anlage: Beschlussvorlage Drucksache-Nr. 151/13, Nachtrag 1
 5. **Verschiedenes, Fragen, Anregungen**
- Fragestunde -
-

1. **Fragen und Anregungen der Zuhörer**

- a) Wortmeldung Herr Rudolph

Er spricht die Bürgersteigsituation in der Hindenburgstraße an. Seit Einführung der Zone 30 fahren zahlreiche Radfahrer auf dem Gehweg der Hindenburgstraße. Es sollte ein ordentlicher und friedlicher Fußgänger- und Radverkehr gewährleistet sein. Er empfiehlt, eine gewisse Zeit zu prüfen, ob sich die 30er Zone bewährt und Radfahrer und Fußgänger unbeschadet nebeneinander den Verkehrsraum nutzen. Dann könnte ggfs. das Geld gespart und auf den Ausbau verzichtet werden. Bürgermeister Hollemann merkt an, dass heute eine Entscheidung über einen diesbezüglichen Antrag aus dem Gemeinderat gefällt wird. Die Verwaltung wird vorschlagen, die Maßnahme durchzuführen und die Fahrbahn auf 6,25 m zu erweitern. Auch hat der Gemeinderat zu entscheiden, ob eine Ausschreibung angegangen wird.

2. **Bekanntgaben von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung**

Bürgermeister Hollemann informiert, dass der Gemeinderat für eine Baumaßnahme des FC Denzlingen einer Ausfallbürgschaft zugestimmt hat.

3. **Kommunalwahlen 2014 - Bildung des Gemeindewahlausschusses**
1. Änderung

Herr Sillmann erläutert den Sachverhalt. In der Sitzung vom 14.01.2014 wurde ein Gemeindewahlausschuss für die Kommunalwahlen am 25.05.2014 vom Gemeinderat gewählt. Er erläutert die rechtliche Notwendigkeit, heute nochmals einen stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die am 14.01.2014 beschlossene Besetzung des Gemeindewahlausschusses zu ändern und den Gemeindewahlausschuss entsprechend der in der Beschlussvorlage aufgeführten Tabelle zu besetzen.

4. Beratung und Beschlussfassung über die Anträge zum Haushalt 2014 und 1. Änderungsliste zum Haushalt 2014

Bürgermeister Hollemann weist darauf hin, dass dieses Jahr viele Anträge vorliegen. Anträge, die nicht direkt haushaltsrelevant sind, werden in den nächsten Tagesordnungen aufgenommen, sodass diesen Tagesordnungspunkten der notwendige Raum zur Verfügung steht, um grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus erhält der Gemeinderat hierzu auch weitergehende Informationen.

Anschließend gibt Herr Bühler einen Überblick über den aktuellen Haushaltsstand bevor in die Beratungen eingetreten wird. Danach erläutert er die erste Änderungsliste zum Haushalt 2014 auf der Ausgaben- und Einnahmenseite. Die Ansätze wurden entsprechend dem Ergebnis aus der Klausurtagung angepasst. Es ergibt sich eine geänderte Vermögensumlage an den GVV. Auch geht er auf die globale Minderausgabe in Höhe von 250.000 € ein. Alle Verwaltungsstellen wurden aufgefordert, in diesem Haushaltsjahr entsprechend sparsam mit den Mitteln umzugehen und nur das Notwendigste zu realisieren. Ebenfalls erläutert er den reduzierten Zinsaufwand. Die aufgeführten Änderungen haben eine um 458.000 € erhöhte Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt zum Ergebnis.

Danach geht Herr Bühler auf die Änderungen der Einnahmen im Verwaltungshaushalt sowie auf die geänderten Ansätze der Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt ein. Die Änderungen auf der Ausgabenseite resultieren aus dem Ergebnis der Beratungen inklusive Verschiebungen. Darüber hinaus wurden einige Maßnahmen teilweise gestreckt. Herr Bühler merkt an, dass die höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt zu einer reduzierten Kreditaufnahme führte. Danach erläutert er das Investitionsprogramm 2014 bis 2017. Abschließend weist er darauf hin, dass entsprechend der heutigen Haushaltsberatung eine zweite Änderungsliste erstellt und in der nächsten Sitzung vorgelegt wird.

Danach bedankt sich Bürgermeister Hollemann für die Ausführungen von Herrn Bühler.

Anschließend wird in die Beratung der 23 vorliegenden Haushaltsanträge eingegangen. Bürgermeister Hollemann verweist auf die Sitzungsvorlage mit den Stellungnahmen der Verwaltung zu den einzelnen Anträgen.

Interfraktioneller Haushaltsantrag der Fraktionen von FDP-Bürgerliste, Freie Wähler Denzlingen e.V. und Pro Storch

Nr. 1: Es wird beantragt, die Maßnahmen „Umbau Hindenburgstraße“ und „Anlage Kreisverkehre Hauptstraße/Rosenstraße und Rosenstraße / Schwarzwaldstraße auszusetzen.

Gemeinderätin Nübling erklärt im Namen der Fraktionen von FDP-Bürgerliste, Freie Wähler Denzlingen e. V. und Pro Storch, dass der Antrag 10 nicht mehr so gestellt wird, da sie dem heutigen Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Sie wollen jedoch das Ergebnis des Gesprächstermins am 19.03.2014 mit Vertretern der Schulen, des Gesamtelternbeirates und Vertretern der Straßenverkehrsbehörde abwarten. Sie halten jedoch an ihrem Teilantrag fest, die Kreisverkehre Hauptstraße / Rosenstraße und

Rosenstraße / Schwarzwaldstraße auszusetzen. Gemeinderat Uehlin stellt fest, dass die Verwaltung ein Verkehrskonzept für die Zeit der Bauphase hat. Seiner Meinung nach ist dies im Grunde überholt. Der Busbahnhof soll Mitte März in Betrieb gehen und ein paar Wochen später soll dann die Hindenburgstraße aufgerissen werden. Dies macht für ihn keinen Sinn. Seines Wissens wurde dies auch nicht mit der übergeordneten Verkehrsbehörde abgeklärt, zumal es dann ein erhöhtes Busaufkommen gibt. Auch hat er in Sachen obere Hindenburgstraße recherchiert. Bei einer Verkehrsbewegung von 4000 Fahrzeugen wäre der Erhalt des Radweges in der 30er-Zone möglich. Hierdurch würde eine Umplanung erforderlich werden. Gesamtelternbeirat und auch die Schulleitungen haben seiner Meinung nach recht, dass hier nun eine andere Ausgangslage da ist. Auch wissen die betroffenen Bereiche des Umleitungsverkehrs nicht, was auf sie kommt. Er bemängelt, dass im Gemeinderat keine Gespräche geführt wurden, wo was wie angedacht ist. Für ihn sind die Fakten nicht auf dem Tisch. Es kann seiner Meinung nach nicht sein, dass eine 3 Jahre alte Planung realisiert wird, wenn sich der Sachverhalt so geändert hat und nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entspricht. Es geht ihm nicht darum, etwas zu verhindern, sondern eine optimale Lösung zu erzielen. Bürgermeister Hollemann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Gespräch mit der Genehmigungsbehörde, den Antragstellern und Fraktionsvertretern am 19.03.2014 stattfindet. In diesem Gespräch wird durch die für Denzlingen zuständige Genehmigungsbehörde über die rechtlichen Hintergründe informiert. Er appelliert, an der Gesamtmaßnahme festzuhalten und betont, dass sehr wohl Abstimmungsgespräche mit den Behörden und den Busbetrieben stattfanden und finden.

Gemeinderat Himpele erläutert ebenfalls den interfraktionellen Antrag. Seine Vorredner sprachen überwiegend vom oberen Teil der Hindenburgstraße. Zur Konkretisierung verliert Gemeinderat Himpele einen gemeinsamen Antrag zur Radweghaltung der oberen Hindenburgstraße. Die Verwaltung wird aufgefordert, folgende juristische Fakten zu bestätigen: gemäß § 45 Abs. 1 c Satz 3 StVO hat die Gemeinde die Möglichkeit, sogenannte „Radwege ohne Benutzungspflicht“ einzurichten „die für niemanden benutzungspflichtig, aber ausschließlich dem Radverkehr vorbehalten sind, wie sich bereits aus dem eindeutigen Wortlaut des § 45 Abs. 1 c Satz 3 StVO ergibt, auch in Tempo-30-Zonen uneingeschränkt zulässig“. Sollte diese juristische Darstellung von der Verwaltung bestätigt werden, so Gemeinderat Himpele, wird beantragt, das Verkehrskonzept „obere Hindenburgstraße“ neu zu überdenken und im Gemeinderat zu diskutieren. Offensichtlich besteht die rechtliche Möglichkeit, „den Radweg in der Hindenburgstraße auch in der neu geschaffenen Tempo-30-Zone im jetzigen Umfang zu erhalten“. „Der Gemeinde bleibt es jedoch unbenommen, den Radweg auf dem linken Gehweg als solchen deutlich (farbig oder mit Piktogrammen) zu kennzeichnen sowie zu entscheiden, ob er in beiden Richtungen befahrbar sein soll“. Bürgermeister Hollemann bittet um Aushändigung dieses Antrags zur Vorlage im Gespräch mit den Experten am 19.03.2014. Gemeinderätin Höfflin verweist auf den Unterschied zwischen oberer und unterer Hindenburgstraße. Auch sie spricht sich dafür aus, das Gespräch im März abzuwarten. Die Umsetzung der Zone 30 in der oberen Hindenburgstraße hält sie für dilettantisch. Es können nicht einfach die Radwege entfallen, ohne dass die Parksituation geklärt ist. Im Namen der Grünen spricht sie sich dafür aus, für den Bereich untere Hindenburgstraße rasch in die Ausschreibung zu gehen und da alsbald mit dem Bau zu beginnen. Sie sieht die Möglichkeit ggfs. einer Weiterentwicklung in Abhängigkeit mit den Grundstückskäufen.

Gemeinderat Dr. Kapp-Schwoerer hat persönlich Schwierigkeiten, eine Trennung

zwischen oberer und unterer Hindenburgstraße durchzuführen. Für ihn gehört dies in eine gesamte Planung mit allen Kreisverkehren. Hierfür muss es dann ein schlüssiges Gesamtkonzept geben. Durch das erhöhte Busaufkommen in der unteren Hindenburgstraße sieht er eine Gefährdung der radfahrenden Schüler. Er hält es persönlich für fahrlässig, dort keinen vernünftigen Radweg zu machen. Er bittet deshalb um eine heutige Absetzung, um so eine Komplettplanung zu finden.

Bürgermeister Hollemann weist darauf hin, dass sehr wohl eine Komplettplanung über die ganze Hindenburgstraße vorliegt. Es wird jedoch nach Bauabschnitten vorgegangen. Wenn der Gemeinderat an dieser Maßnahme festhält, werden diese Bauabschnitte im Gemeinderat vorgestellt werden. Gemeinderat Dr. Kapp-Schwoerer merkt an, dass es sicher hierzu schon viele Sitzungen gab. Seiner Meinung nach fehlt jedoch eine schlüssige Komplettplanung, die für ihn verkehrstechnisch zufriedenstellend ist und allen Interessenslagen entgegenkommt. Er bemängelt, dass die nur abschnittsweise durchgeführten Reparaturen nichts bringen. Bürgermeister Hollemann sieht dies anders und befürchtet, dass es wohl nie ein Gesamtkonzept geben wird, das für alle zufriedenstellend ist.

Herr Schneider erinnert, dass der Gemeinderat für die obere Hindenburgstraße bereits ein Stellplatzkonzept beschlossen hat. Die obere Hindenburgstraße ist generalsaniert mit neuem Gehweg und Fahrbahnbelägen. Durch den angeordneten Wegfall des Radweges soll das Stellplatzkonzept angepasst werden. Der Gemeinderat hat beschlossen, an der Nordseite den Gehweg teilweise für Gehwegparken mit zu benutzen, einige Stellplätze entfallen. Dieses Konzept wurde so beschlossen. Es ist leider noch nicht umgesetzt.

Bei der unteren Hindenburgstraße geht es um die Generalsanierung, im Prinzip ein neuer Aufbau der Straße. Der Vollzug dieser Generalsanierung ist seit mehreren Jahren im Verzug, merkt Herr Schneider an. Auf Anraten des Verkehrsplaners Dr. Gericke hat der Gemeinderat einen Querschnitt beschlossen, der eine bestimmte Breite für Gehweg und Fahrbahn vorsieht. Ende 2012 hat der Gemeinderat einen Planungsauftrag erteilt. Herr Schneider weist darauf hin, dass es nun eine lückenlose Planung vom Kreisverkehr Bahnhof bis zur Waldkircher Straße gibt. Diese lückenlose Planung ist bekannt und wurde vom Gemeinderat so beschlossen, betont er. Gemeinderat Dr. Kapp-Schwoerer kann sich die Beschlüsse und die angesprochene Planung gerne im Bauamt vorstellen lassen.

Gerade diese neue Taktung des Busverkehrs macht die jetzige Verbreiterung der unteren Hindenburgstraße nötig, so Gemeinderat Wöhrlin, um eben keine solchen Gefährdungssituationen zu bekommen. Er spricht sich dafür aus, die untere Hindenburgstraße auf jeden Fall zu machen. Im Bereich der oberen Hindenburgstraße kann er sich der Aussage von Gemeinderätin Höfflin anschließen. Seines Wissens wurde im Gemeinderat beschlossen, zuerst den Rückbau durchzuführen und dann erst die Zone 30 zu realisieren. Dies wurde nun anders durchgeführt. Auch er spricht sich dafür aus, zuerst eine Diskussion am 19.03.14 zu führen und danach zu schauen, wie es weitergeht.

Auch befürwortet Gemeinderat Wöhrlin im Namen der CDU-Fraktion, die Kreisverkehre zunächst zurückzusetzen.

Gemeinderat Uehlin betont nochmals, dass die heute vorliegende Planung drei bis vier Jahre alt ist und für ihn nicht die heutigen Kenntnisse berücksichtigt. Laut seiner Rückfrage im Landratsamt kann eine solche Straße mit einer Belastung von 4000 Fahrbewegungen sehr wohl einen Radweg bekommen. Er hat kein Verständnis dafür, heute eine alte Planung zu beschließen und dann in einem Jahr ggfs. wieder mit einem Ausbau zu beginnen. Gemeinderat Uehlin sieht im unteren Teil der Hindenburgstraße mehr Gefahrenpotenzial, da diese frequentierter ist und dort eher ein Radweg notwendig wäre. Bürgermeister Hollemann weist an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass die Verwaltung ein Gespräch mit der Genehmigungsbehörde führen wird. Diese wird uns mitteilen, was in diesem Bereich rechtlich denkbar ist. Die untere Hindenburgstraße soll dringend und notwendig ausgebaut werden, so Gemeinderat Kieninger im Namen der SPD-Fraktion. Die SPD geht weiterhin davon aus, dass eine drei Meter Gehwegbreite erzielt und eine so gesehene Option eines Radweges enthalten ist. Nach dem Gespräch am 19.03.14 können weitere Entscheidungen angegangen werden. Der Straßenraum, so wie er beschlossen ist, ist für ihn unabdingbar und wichtig.

Anschließend verliert Gemeinderat Wagner den gemeinsamen Antrag der Fraktion der Freien Wähler und Pro Storch zum Rückbau des Radweges Hindenburgstraße in 2014. Er nimmt Bezug auf das Schreiben der Schulleiter, Elternvertreter und Schülervertretungen der Denzlinger Schulen vom 24.01.2014. Diese belegen mit ihrem Schreiben nachvollziehbar, dass die dargestellte Rückbauverpflichtung für den Radweg „Hindenburgstraße“ tatsächlich so nicht besteht. Die Freien Wähler und Pro Storch beantragen deswegen, dass der Rückbau des Radweges so lange ausgesetzt wird, bis die Angelegenheit mit dem Landratsamt und den Schulen geklärt ist. Die Ergebnisse sollen dem Gemeinderat in öffentlicher Sitzung vorgelegt werden. Der Gemeinderat kann dann über die Verwendung der Mittel endgültig entscheiden. Aufgrund der Dringlichkeit (heutige Haushaltsberatung) soll über diesen Antrag noch in der heutigen Sitzung abgestimmt werden, schließt Gemeinderat Wagner seine Ausführungen.

Bürgermeister Hollemann merkt diesbezüglich an, dass der Rückbau des Radweges nicht nur genehmigt und angeordnet, sondern bereits abgeschlossen ist. An dieser Stelle erläutert Herr Schneider die Vorfahrtsregelung in der oberen Hindenburgstraße in Absprache mit der Polizeidirektion. Beim Termin mit der Genehmigungsbehörde werden all diese Fragen zur Sprache kommen, fügt Bürgermeister Hollemann an. Gemeinderat Himpele erklärt die Zustimmung der SPD-Fraktion zum interfraktionellen Antrag bezüglich der Zurückstellung der Kreisverkehre. Auch bittet er Herrn Bühler um Mitteilung der Finanzen in den weiteren Jahren bezüglich der Verbesserungsmaßnahmen in der Rosenstraße.

Anschließend kommt es zur Abstimmung. Bürgermeister Hollemann formuliert den Beschlussvorschlag: „Der Umbau der Hindenburgstraße wird ausgesetzt“.

Der Gemeinderat lehnt diesen Antrag mit 18 Gegenstimmen und 4 Ja-Stimmen ab.

b) Kreisverkehre Hauptstraße / Rosenstraße

Es besteht kein Gesprächsbedarf. Die Verwaltung schlägt vor, dass sich der Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 über die Mittel für die Realisierung hierzu austauschen soll. Die Verwaltung befürwortet den Antrag.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Maßnahme „Anlage Kreisverkehre Hauptstraße / Rosenstraße und Rosenstraße / Schwarzwaldstraße“ auszusetzen.

Interfraktionelle Haushaltsanträge der Fraktionen Freie Wähler Denzlingen e.V. und Pro Storch

Nr. 2: Ankauf des Areals „Grüner Baum“ durch die Gemeinde Denzlingen. Hierfür sind im Haushalt entsprechende Mittel einzustellen.

Gemeinderätin Nübling erläutert den Antrag. Hierdurch wäre für die Gemeinde die Planungshoheit baulich und verkehrlich gewährt. Preisgrundlage soll der Bodenrichtwert sein.

Die Verwaltung lehnt diesen Antrag ab. Herr Bühler erläutert dies. Das Ergebnis des städtebaulichen Ideenwettbewerbs sollte abgewartet und im Gemeinderat beraten werden. Über die Aufnahme von Kaufverhandlungen könnte im Anschluss entschieden werden. Gemeinderätin Höfflin kann dem so zustimmen. Der Bereich soll überplant werden. Im Zuge der Sparsamkeit hält ihre Fraktion einen Kauf der Gemeinde auch im Bezug auf die Folgekosten nicht für sinnvoll. Auch Gemeinderat Wöhrlin erklärt, dass zunächst der Ideenwettbewerb abgewartet werden soll.

Danach zieht Gemeinderätin Nübling den interfraktionellen Antrag zurück. Eine Beschlussfassung ist deshalb nicht erforderlich.

Interfraktionelle Haushaltsanträge der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Nr. 2: In Ergänzung unseres gemeinsamen Beschlusses im Gemeinderat und des Antrages der CDU zum Haushalt 2011 zur Entwicklung der Baugebiete Käppelematten und Unterer Heidach beantragen wir, unverzüglich die Ausschreibung für einen beschränkten städtebaulichen Wettbewerb in die Wege zu leiten. Die Vorgaben für diesen Ideenwettbewerb sind von der Verwaltung unter Berücksichtigung der Sozialplanung aufzustellen und dem Gemeinderat innerhalb von 2 Monaten zur Beschlussfassung vorzulegen. Das Ergebnis des Wettbewerbs soll bis Ende 2014 vorgelegt werden. Im Anschluss soll als erstes ein Bebauungsplan für das Gebiet Unterer Heidach aufgestellt werden. Ziel der Maßnahme soll sein, dass ab dem Jahre 2015 eine Bebauung erfolgen soll.

Gemeinderat Wöhrlin verliest den Antrag. Die Verwaltung begrüßt den Antrag, so Frau Monauni. Für die Erarbeitung der Wettbewerbsvorgaben und Inhalte schlägt die Verwaltung ein Zeitfenster bis zur Sommerpause vor. Die Planungsbüros hätten dann zur Ausarbeitung über den Sommer Zeit. Die Vorlage der Wettbewerbsergebnisse im Gemeinderat könnten bis Ende des Jahres erfolgen. Sie betont die große Herausforderung für Gemeinderat und Verwaltung und weist darauf hin, dass die Sozialplanung mit einfließen muss.

Gemeinderat Kieninger wünscht sich, dass 2015 ein Bebauungsplan für den Unteren

Heidach möglich wird. Ziel ist ein grobes Gesamtkonzept für die Käppelematten und einen Bebauungsplan für den Unteren Heidach in 2015. Frau Monauni weist auf ein zeitliches Limit hin. Wenn Ende des Jahres erst die Ergebnisse des Wettbewerbs vorliegen, hat die Gemeinde noch kein Bau- und Planungsrecht. Im Anschluss an den städtebaulichen Wettbewerb beginnt das Bauleitplanungsverfahren mit Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan. Sie weist darauf hin, dass je eindeutiger die Ergebnisse des Wettbewerbes sind, die Verwaltung schneller in das Bauleitplanungsverfahren einsteigen kann. Aus Erfahrung weiß die Verwaltung, dass für die Bauleitplanung ca. 1/2 Jahr benötigt wird. Erst wenn die Bauleitplanung vorliegt, kann in die Erschließung gegangen werden. Sie verdeutlicht, dass der Wunsch von Gemeinderat Kieninger in 2015 zeitlich nicht machbar ist.

Gemeinderat Uehlin bezeichnet dies als den falschen Weg, Geld in die Gemeindekasse zu bekommen. Die FDP ist bereit, die Planung zum Unteren Heidach mitzutragen. Sie werden dem Antrag jedoch nicht zustimmen, gleich die Käppelematten mit einzupacken.

Gemeinderat Wöhrlin wünscht einen Ideenwettbewerb zur Bebaubarkeit. Wichtig ist ihm, dass die Verwaltung einen strengen Zeitplan aufstellt, der Zeit lässt, die Ergebnisse entsprechend zu diskutieren. Die Antragsteller sind mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden. Er weist darauf hin, dass heute keine Diskussion erfolgen soll, was genau dorthin kommt; dies ist kein Bestandteil ihres Antrages.

Auch Gemeinderätin Höfflin betont, dass es ihnen mit dem Antrag darum ging, dass das Gebiet überplant wird. Gewünscht ist jedoch nicht, dass gleich alles überbaut wird. Auch soll ersichtlich werden, was im sozialen Bereich erforderlich ist. Aufgrund ihrer Erfahrungen haben sie dieses Mal einen straffen Zeitplan gewünscht. Auch erkundigt sie sich nach der Erstellung der Prioritätenliste, da noch einige Aufgaben vor dem Gemeinderat liegen. Bürgermeister Hollemann antwortet hierauf, dass dies im Dezember so besprochen wurde; Termin ist der 11. März 2014.

Auch Gemeinderat Wagner erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Gewünscht ist aber eine maßvolle und verträgliche Innenentwicklung vor einer Entwicklung im Außenbereich. Auch muss klar sein, was die Gemeinde in Richtung Bevölkerungswachstum überhaupt will. Er weist darauf hin, dass der Gemeinderat die Baugebiete bestimmt. Man muss sich im Klaren sein, welche Zeitschienen angedacht sind. Auch ist die Fläche endlich, dies gilt es zu berücksichtigen, egal ob es monetär richtig oder falsch ist.

Der Gemeinderat beschließt mit 21 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme, in Ergänzung des gemeinsamen Beschlusses im Gemeinderat und des Antrages der CDU zum Haushalt 2011 zur Entwicklung der Baugebiete Käppelematten und unterer Heidach unverzüglich die Ausschreibung für einen beschränkten städtebaulichen Wettbewerb in die Wege zu leiten. Die Vorgaben für diesen Ideenwettbewerb sind von der Verwaltung unter Berücksichtigung der Sozialplanung aufzustellen und dem Gemeinderat vorzulegen. Ein genauer Zeitplan soll dem Gemeinderat bis zum Sommer vorgelegt werden. Das Ergebnis des Wettbewerbs soll bis Ende 2014 vorgelegt werden. Im Anschluss soll als erstes ein Bebauungsplan für das Gebiet unterer Heidach aufgestellt werden.

Interfraktionelle Haushaltsanträge der Fraktionen Freie Wähler Denzlingen e.V. und Pro Storch

Nr. 3: Neubau der Sporthalle Mühlengasse und Außenanlagen mit Integration von Vereinsräumen und Jugendzentrum auf dem Areal „Hinterm Kirchhof“

Gemeinderätin Nübling verliest den Antrag. Auch dieser Antrag ist im Sinne der Verwaltung, so Frau Monauni. Die Standards haben sich verändert, sodass Sanierungsmaßnahmen nicht mehr sinnvoll wären. Derzeit werden nur noch substanzerhaltende und sicherheitserforderliche Maßnahmen realisiert. Es bedarf einer weiteren Prüfung, auf welche Flächen im Bereich Friedhofserweiterung verzichtet werden kann. Bis 2016 soll ein tragfähiges Konzept zur Umsetzung erstellt werden. Gemeinderat Wöhrlin weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Diskussion um das Energiesparcontracting dies so beschlossen wurde. Der Hallenabriss ist somit Beschlusslage. Über einen künftigen Standort müsse neu nachgedacht und Alternativstandorte geprüft werden. Auch Gemeinderätin Höfflin spricht sich für die Prüfung von Alternativstandorten aus. Dem Antrag verbunden mit einer Standortentwicklung wird zugestimmt. Dem schließt sich Gemeinderat Kieninger an. Wichtig war den Antragstellern, so Gemeinderat Wagner, dass hierdurch das Thema wieder in Erinnerung gerufen wird. Für Gemeinderat Uehlin ist der Antrag ebenfalls sinnvoll; derzeit lassen die Finanzen eine sofortige Realisierung nicht zu. Er wünscht sich eine Beratung über einen sinnvollen Standort. Gemeinderätin Nübling ist mit der Standortüberprüfung einverstanden. Auch muss eine Alternative für das Juze gesucht werden.

Bürgermeister Hollemann stellt Konsens im Gemeinderat über die Planung eines Neubaus und Prüfung weiterer Alternativstandorte fest. Der Gemeinderat wird hierüber wieder beraten. Auf Anfrage von Gemeinderat Frey antwortet Bürgermeister Hollemann, dass die Verwaltung die beantragte Aufnahme von 5.000 € als Anschubfinanzierung für vorbereitende Untersuchungen für erforderlich hält.

Der Gemeinderat beschließt mit 13 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen den Neubau der Sporthalle Mühlengasse und Außenanlagen mit Integration von Vereinsräumen und Jugendzentrum mit offenem Standort und Einstellung von 5.000 € Planungskosten zu.

Anträge Fraktion FDP-Bürgerliste

Nr. 1: Die energetische Sanierung des gemeindeeigenen Wohnungsbaus Weingartenstr. ist im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit (Kosten und Folgekosten) und in ökologischer Hinsicht zu überprüfen.

Der Antrag wird von Gemeinderat Uehlin zurückgezogen, da er zwischenzeitlich überholt ist. Für ihn liegt eine Fehlentscheidung des Gemeinderats vor, das Gebäude wie beschlossen zu sanieren.

Anträge Fraktion Freie Wähler Denzlingen e.V.

Nr. 1: Anlage eines Zebrastreifens in der Elzstraße auf Höhe des Kauftreffs als fußläufige Überquerungshilfe.

Herr Schneider erläutert die ablehnende Stellungnahme durch die Verwaltung. Die Straßenverkehrsbehörde hat diese fußläufige Überquerungshilfe im Rahmen von Verkehrsschauen und Begehungen mehrfach negativ beschieden. Gemeinderat Meyer bittet um nochmalige Prüfung gerade auch im Hinblick auf das Wohnheim in Heidach II. Die Verwaltung sagt zu, dies in die nächste Verkehrsschau mit aufzunehmen. Gemeinderat Wöhrlin versteht die Stellungnahme der Verwaltung, weist aber darauf hin, dass es in der Vergangenheit oft nach 4 bis 5 Beantragungen letztendlich doch geklappt hat. Auch Gemeinderätin Nübling und Gemeinderat Kieninger wünschen sich eine erneute Prüfung. Gemeinderat Uehlin bittet darum, bei der nächsten Verkehrsschau auch die Fraktionsvertreter einzuladen. Dies wird zugesagt.

In diesem Zusammenhang möchte Gemeinderat Frey etwas Grundsätzliches zu der für Denzlingen zuständigen Verkehrsbehörde sagen: in anderen Kreisen sind z. B. 40er Zonen und Zebrastreifen möglich. Gemeinderat und Verwaltung sollen darauf hinweisen, dass in anderen Landkreisen in mehreren Fällen das Recht unterschiedlich ausgelegt wird.

Der Gemeinderat beschließt mit 21 Ja-Stimmen und einer Enthaltung die erneute Prüfung der Anlage eines Zebrastreifens in der Elzstraße auf Höhe des Kauftreffs als fußläufige Überquerungshilfe.

Antrag Pro Storch

Nr. 1: Beantragt wird eine Gesamtabrechnung über die Folgekosten und Nachträge für Aufwendungen für den Festplatz am Heimethues. Diese sollen den ursprünglich veranschlagten Kosten gegenüber gestellt werden.

Die Darstellung der Gesamtkosten ist erst nach Vorliegen der Schlussrechnung im Gemeinderat möglich, berichtet Frau Monauni. Laut Gemeinderätin Nübling beinhalten die Folgekosten die Kosten außerhalb des Hauptauftrages. Die Verwaltung wird dies so zusammentragen, antwortet Bürgermeister Hollemann. Gemeinderat Wöhrlin sieht keinen Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen. Bürgermeister Hollemann bejaht dies.

Der Gemeinderat stimmt der beantragten Vorlage einer Gesamtabrechnung über die Folgekosten und Nachträge für Aufwendungen für den Festplatz am Heimethues im Herbst 2014 einstimmig zu. Diese sollen den ursprünglich veranschlagten Kosten gegenüber gestellt werden.

Antrag CDU-Fraktion

Nr. 1: Einstellung von 5.000 € in den Haushalt für den Erhalt bestehender

Kleinbiotope. Die Wasserläufe am Fuß des Rebbergs im Gewann Aigi (auch gut in Teilbereichen möglich) sowie das weitgehend verlandete Biotop auf Höhe „Sandfang“ Lossele sollen den Anfang machen.

Gemeinderat Böhler verliert den Antrag, der von der Verwaltung befürwortet wird. Auch Gemeinderätin Zimmermann unterstützt den Antrag. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an den letztjährigen Antrag bezüglich der Bestandserhebung von Ausgleichsflächen, der immer noch offen ist. Bürgermeister Hollemann erläutert, dass die Besichtigung damals verschoben werden musste. Dies steht jedoch auf der To-Do-Liste. Gemeinderat Wagner führt an, dass er in der Vergangenheit bereits schon mehrfach eine gemeinsame Besichtigung bei bestimmten Themen gewünscht hätte. Die Anregung der ausgefallenen Tour wird aufgenommen, so Bürgermeister Hollemann. Die Verwaltung wird prüfen, wie es in den Ablaufplan passt. Auch Gemeinderat Kieninger hält den Antrag für gut und sinnvoll. Gemeinderätin Höfflin befürwortet es ebenfalls, wenn alles wieder einmal gemeinsam abgefahren wird. Zustimmung zum Antrag wird erklärt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, 5.000 € in den Haushalt für den Erhalt bestehender Kleinbiotope einzustellen. Die Wasserläufe am Fuß des Rebbergs im Gewann Aigi (auch gut in Teilbereichen möglich) sowie das weitgehend verlandete Biotop auf Höhe „Sandfang“ Lossele sollen den Anfang machen.

Antrag SPD-Fraktion

Nr. 1: Die Verwaltung wird beauftragt, zu den nachfolgenden Anträgen mit der Redaktion „Von Haus zu Haus“ über die Umsetzung und Kosten zu verhandeln und eine Lösung herbei zu führen:

- **Abdruck der Berichterstattung über die Gemeinderatssitzungen auf der dritten Seite in den Ausgaben „Von Haus zu Haus“ bzw. im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen,**
- **Veröffentlichung von Mitteilungen der Gemeinderatsfraktionen einspaltig bis zu einem Umfang von 20 Zeilen ebenfalls im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen,**
- **In die Kopfzeile der Zeitung ist zu integrieren, dass die amtlichen Mitteilungen der Gemeinde beinhaltet sind.**

Gemeinderat Kieninger erläutert den Antrag. Die Verwaltung sollte diese Punkte mit der WZO verhandeln und klären, welche Kosten hierfür entstehen. Eine entsprechende Summe soll in den Haushalt eingestellt werden. Herr Sillmann erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Die Verwaltung wird das Gespräch mit dem WZO-Verlag hierüber aufnehmen. Herr Sillmann weist darauf hin, dass auch bei anderen Wochenzeitungen der Hinweis auf das enthaltende Amtsblatt auf dem Deckblatt rechts erfolgt. Auch dies wird im Gespräch mit der WZO geklärt werden. Bürgermeister Hollemann verdeutlicht, dass im vorgelegten Antrag keine finanzielle Konkretisierung enthalten ist. Die SPD-Fraktion will keine finanzielle Konkretisierung, so Gemeinderat Kieninger. Nach den Verhandlungen mit der WZO soll wieder im Gemeinderat berichtet werden.

Gemeinderat Uehlin unterstützt den Antrag der SPD und würde es für sinnvoll halten,

2.000 € hierfür in den Haushalt einzusetzen, da die Verwaltung dann mehr Handlungsspielraum hätte. Er sieht es persönlich für dringend notwendig, dass mehr in die Öffentlichkeit kommt und möchte deshalb seinen Antrag zur Öffentlichkeitsarbeit mit dem Antrag der SPD verbinden.

In diesem Zusammenhang weist Bürgermeister Hollemann darauf hin, dass der Gemeinderat ein Kollektivorgan mit einem Sprachrohr ist. Wenn eine Entscheidung mehrheitlich getroffen wurde, ist dies eine Entscheidung. Gemeinderat Uehlin findet, dass der Antrag der FDP für Öffentlichkeitsarbeit mit diesem SPD-Antrag harmonisiert. Er stellt dies nochmals richtig. Gemeinderat Böhler befürchtet, dass es zu Unfrieden führen könnte, wenn Fraktionen einzelne Mitteilungen in die Zeitungen setzen. Gemeinderätin Loser befürwortet den Antrag und Gespräche hierüber mit der WZO zu führen. Sie lehnt es jedoch ab, dafür Geld in den Haushalt einzustellen. Sie ist der Meinung, dass die Ratsmitglieder im Gemeinderat die Möglichkeit haben, sich darzustellen. Auch gibt es Niederschriften, die von jedem gelesen werden können.

Anschließend weist sie darauf hin, dass die Fraktion der Grünen aufgrund der „angespannten Haushaltslage“ auf eigene Haushaltsanträge für das Jahr 2014 verzichtet haben.

Gemeinderat Frey erinnert daran, dass das Thema Berichterstattung schon vor Jahren von Gemeinderätin Hilden aufgegriffen wurde. Die Berichterstattung über die Sitzungen erfolgt im Von Haus zu Haus und der Badischen Zeitung. Aber auch die Fraktionen haben einzelne Bedürfnisse, die sie in der Öffentlichkeit gerne vermitteln wollen. Hierfür gibt es keine Möglichkeiten. Er erkundigt sich nach der Möglichkeit einer Blattbeilage hierfür. Er sieht einen gewissen Bedarf innerhalb der Fraktionen und Gruppen zur Selbstdarstellung von Zeit zu Zeit. In den umliegenden Ortschaften gibt es teilweise Ortsblätter mit solchen Möglichkeiten. Hierfür bedarf es jedoch Personal für die Zusammenstellung. Es ist seiner Meinung nach sicherlich eine interessante Sache; hierüber solle ab und zu nachgedacht werden. Bürgermeister Hollemann antwortet, dass das Thema bei Vorliegen von konkreten Zahlen ggfs. weiteren Vorschlägen wieder beraten und diskutiert wird. Auch Gemeinderätin Behnke lehnt die Einstellung eines Betrages hierfür in den Haushalt ab. Es geht ihr um das Führen von Gesprächen, wie sich Fraktionen künftig im Von Haus zu Haus darstellen könnten. Die Verwaltung soll heute beauftragt werden, mit der WZO über diese Möglichkeiten zu sprechen. Gemeinderat Böhler stellt den Antrag über die Veröffentlichungen der Fraktionen separat abzustimmen.

- Der Gemeinderat stimmt mit 13 Ja-Stimmen, zwei Enthaltungen und 7 Gegenstimmen zu, dass die Verwaltung mit der WZO Verhandlungen aufnimmt, dass die Veröffentlichung von Mitteilungen der Gemeinderatsfraktionen einspaltig bis zu einem Umfang von 20 Zeilen ebenfalls im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen erfolgt.
- Der Gemeinderat stimmt mit 20 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen der Beauftragung der Verwaltung zu, bezüglich dem Abdruck der Berichterstattung über die Gemeinderatssitzungen auf der 3. Seite in den Ausgaben (Von Haus zu Haus) bzw. im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen mit der WZO zu verhandeln.

- Der Gemeinderat stimmt mit 20 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen der Beauftragung der Verwaltung zu, mit der WZO zu verhandeln, dass in die Kopfzelle der Zeitung der Hinweis, dass die amtlichen Mitteilungen der Gemeinde enthalten sind, integriert wird. Der Antrag ist somit angenommen.

Anträge Fraktion FDP-Bürgerliste

Nr. 2: Für die Öffentlichkeitsarbeit des Gemeinderates sollen 5.000 € in den Haushalt eingestellt werden

Gemeinderat Uehlin erläutert den Antrag und geht auf bisherige Podiumsdiskussionen ein. Gewünscht wird ein direkter Kontakt des Gemeinderats mit dem Bürger. Ein Abend mit Fraktionen und Bürgern ist für Gemeinderat Uehlin sicherlich eine interessante Sache. Herr Sillmann erläutert, warum aus haushaltsrechtlicher Sicht die Festsetzung eines Pauschalbetrages hierfür nicht möglich ist. Hierauf zieht Gemeinderat Uehlin seinen Antrag zurück. Er wünscht sich eine gemeinsame Beratung der Fraktionen zur Öffentlichkeitsarbeit ihrer eigenen Tätigkeit.

Anträge Fraktion Freie Wähler Denzlingen e.V.

Nr. 2: Installation einer zusätzlichen Beleuchtung der Treppe von der Brücke „Zum Einbollen“ zum Akazienring in Heidach 3.

Gemeinderätin Nübling verweist auf den Antrag. Herr Schneider erläutert die vorgeschlagene Maßnahme zur Abhilfe. Die Verwaltung wird hierüber wieder berichten. Die Kosten für Maximalmaßnahmen belaufen sich auf 3.000 €.

Der Gemeinderat stimmt der Installation einer zusätzlichen Beleuchtung der Treppe von der Brücke „Zum Einbollen“ zum Akazienring in Heidach 3 mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Anträge Pro Storch

Nr. 3: Beantragt wird, dass die Verwaltung umgehend kostengünstige Alternativen zur Lösung der Probleme im Kindergarten Fröbelstraße erarbeitet, die dann im Gemeinderat zeitnah beraten werden sollen.

Gemeinderat Wagner verliert den Antrag. Frau Monauni weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich das Gebäude Kindergarten Fröbelstraße im Eigentum der evang. Kirchengemeinde befindet. Die Vorschläge müssen an die Kirche gehen. Gemeinderat Wagner spricht einen möglichen Neubau im Eigentum der Gemeinde an. Dies kann gern bei anderer Gelegenheit diskutiert werden, so Frau Monauni, nicht jedoch nicht im heutigen Rahmen. Gerade im Hinblick auf künftige Planungen ist dies sicherlich ein Diskussionsthema, so Bürgermeister Hollemann. Gemeinderätin Höfflin berichtet, dass es bezüglich des Schimmels schon Treffen mit Kirchenvertretern gab. Die Gemeinde ist im Gespräch. Es sollen Möglichkeiten für den Kindergarten Fröbelstraße erarbeitet werden. Die Kirchengemeinde ist sicher so

verantwortungsvoll, dies zu prüfen, so Gemeinderat Uehlin. Bürgermeister Hollemann merkt an, dass die Verwaltung nicht Lösungsmaßnahmen an fremdem Eigentum vorschlagen wird.

Der Gemeinderat lehnt mit 19 Gegenstimmen, 2 Ja-Stimmen und einer Enthaltung den Antrag ab, dass die Verwaltung umgehend kostengünstige Alternativen zur Lösung der Probleme im Kindergarten Fröbelstraße erarbeitet, die dann im Gemeinderat zeitnah beraten werden sollen.

Anträge CDU-Fraktion

Nr. 3: Für die gesamte Platzgestaltung und für eine spürbare Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Kohlerhof, unter Einbeziehung der Hauptstraße bis zum Rathausplatz, beantragt die CDU-Fraktion weitere 5.000 € in den Haushalt einzustellen.

Gemeinderätin Baumgartner verliest den Antrag. Frau Monauni erinnert in diesem Zusammenhang an den Antrag aus 2012 und die Verschönerungsmaßnahmen. Es wird in 2014 eine Konzeption geben. Im Frühling soll damit begonnen werden. Gemeinderätin Baumgartner merkt an, dass ein fundiertes Konzept unter Einbeziehung der Floristikunternehmen mit ihren Fachkräften gefunden werden muss. Entsprechende Kontakte werden hergestellt werden, so Frau Monauni; die Verwaltung wird dies kreativ angehen. Gemeinderätin Zimmermann erklärt Zustimmung, zumal der Antrag gleichlautend ist wie ihr Antrag aus 2012. Bürgermeister Hollemann erläutert, dass bestimmte Umbaumaßnahmen wegen des Neubaus am Eingang zum Kohlerhof zurückgestellt wurden. Gemeinderätin Nübling bittet auf den Anlieferverkehr für den Wochenmarkt zu achten. Auch für Gemeinderat Kieninger geht der Antrag in die richtige Richtung. Die Idee mit den Floristen befindet er für gut. Auch wenn kein Markttag ist, sollte etwas Vernünftiges dastehen.

Der Gemeinderat stimmt mit 17 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen zu, wie beantragt für die gesamte Platzgestaltung und eine spürbare Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Kohlerhof, unter Einbeziehung der Hauptstraße bis zum Rathausplatz weitere 5.000 € in den Haushalt einzustellen.

Anträge SPD-Fraktion

Nr. 2: Bei der Mediathek soll ein Haushaltsausgaberest 2013 gebildet werden, um die Vorbereitung und notwendigen Einrichtungen für die Vergabe von eBooks zu schaffen.

Gemeinderat Kieninger nimmt Bezug auf den Antrag. Herr Sillmann erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig wie beantragt, bei der Mediathek ein Haushaltsausgaberest 2013 zu bilden, um die Vorbereitung und notwendigen Einrichtungen von der Vergabe von eBooks zu schaffen.

Anträge Fraktion FDP-Bürgerliste

Nr. 3: Bei Vergabe von Gutachten soll der Gemeinderat künftig vorab eigene Vorstellungen einbringen können.

Gemeinderat Uehlin erläutert den Antrag und ist der Meinung, dass dem Gemeinderat selten wertneutrale Gutachten vorgelegt werden, sondern diese bereits „eingefärbt sind“. Der Gemeinderat sollte die Möglichkeit haben, eigene Ideen einzubringen. Bürgermeister Hollemann weist diesen Vorwurf zurück. Die Gutachter schreiben ihr Gutachten mit ihrem Fachwissen. Auch hat der Gemeinderat immer die Möglichkeit, Ideen mit einzubringen. Er verweist auf die Regelung in der Hauptsatzung. Die Hoheit liegt beim Gesamtgemeinderat, und nicht bei einzelnen Fraktionen / Personen. Es erfolgt keine Beschlussfassung, da keine Auswirkungen auf einzelne Haushaltsstellen im Haushalt 2014.

Anträge Fraktion Freie Wähler Denzlingen e.V.

Nr. 3: Überdachung der Fahrradabstellplätze am Sport & Familienbad „MACH' BLAU“

Gemeinderätin Nübling erläutert die geplante Überdachung. Die Verwaltung befürwortet den Antrag, so Frau Monauni, da auch in den Übergangszeiten bei oft feucht nasser Witterung das „MACH BLAU“ gut besucht wird. Die Verwaltung wird entsprechende Lösungsvarianten erarbeiten und zur Haushaltsberatung 2015 vorlegen. Gemeinderätin Höfflin kann dem Antrag nicht zustimmen. Sie merkt an, dass z. B. bei der Jahnstraße gerade bei Schnee eine Überdachung ebenfalls notwendig wäre. Auch sind die genauen Kosten für sie hierfür nicht fassbar. Sie bezweifelt, dass bei Regen viele Besucher mit dem Fahrrad ins „MACH BLAU“ fahren. Die Verhältnismäßigkeit stellt sie in Frage. Bürgermeister Hollemann schlägt vor, zuerst Lösungsvarianten zu erarbeiten und deren Kosten zu betrachten. Für Gemeinderat Kieninger sind die angesetzten 5.000 € nicht realistisch. Er ist nicht dafür, dass die Bedachung in Angriff genommen wird, zumal die dortigen Bäume Schatten geben. Auch befürchtet er, dass unter einem solchen Dach wieder einer der unliebsamen Treffpunkte entstehen könnte. Gemeinderat Wöhrlin schließt sich der Meinung von Gemeinderat Kieninger an. Gemeinderat Meyer lehnt die dortige Überdachung ebenfalls ab. Für ihn macht die Überdachung der Behindertenparkplätze bei Regen und Schnee mehr Sinn.

Der Gemeinderat lehnt mit 16 Gegenstimmen, 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung ab, dass sich das Bauamt mit der Ausarbeitung von Lösungsvarianten beschäftigt. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anträge Pro Storch

Nr. 4: Unabhängig davon, ob Denzlingen ins LSP kommt, sollen 5.000 € in den Haushalt 2014 eingestellt werden, um erste Ideen aus dem Bürgerbeteiligungsprozess zu realisieren.

Gemeinderätin Zimmermann verliert den Antrag. Die Verwaltung stimmt dem Antrag zu, so Frau Monauni. Gemeinderat Wöhrlin schätzt die Arbeit der „Werkstatt Hauptstraße“.

Hierfür wurde eine enorme Summe in die Hand genommen. Seiner Meinung nach sollte erst die Rahmenplanung abgewartet werden, bevor jetzt nochmals 5.000 € eingestellt werden. Für die CDU wäre es ein falsches Signal, 5.000 € auszugeben, um eine Kleinigkeit umzusetzen. Sie erwarten mehr von der Werkstatt Hauptstraße. Seine Fraktion möchte die Rahmenplanung abwarten und im Gemeinderat entscheiden, was dann gemacht wird. Für Gemeinderätin Zimmermann war der Ansatz von 5.000 € nur der erste Schritt. Für die Beteiligten sollte ein Zeichen gesetzt werden, dass etwas gemacht wird. Gemeinderat Kieninger ist dagegen, einen Betrag einzustellen, ohne zu wissen, was damit gemacht wird. Auch Gemeinderätin Höfflin sieht dies so. Der Abschlussbericht sollte abgewartet werden, bevor es weitergeht, zumal bereits schon viel investiert wurde. Laut Gemeinderat Uehlin haben die Beteiligten das Gefühl, dass nichts mehr passiert. Es sollte deshalb ein Zeichen gesetzt werden, dass sich etwas tut. Gemeinderat Dick will den Abschlussbericht abwarten.

Der Gemeinderat lehnt mit 16 Gegenstimmen, 5 Ja-Stimmen und einer Enthaltung ab, unabhängig davon, ob Denzlingen ins LSP kommt, 5.000 € in den Haushalt 2014 einzustellen, um erste Ideen aus dem Bürgerbeteiligungsprozess zu realisieren.

Anträge CDU-Fraktion

Nr. 4: In Bezug auf die Kooperation des Gemeindeverwaltungsverbandes mit der Firma Hansefit zur betrieblichen Gesundheitsvorsorge, beantragt die CDU-Fraktion dies auf die aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Denzlingen zu übertragen.

Gemeinderat Wöhrlin verliert den Antrag. Die Verwaltung unterstützt diesen, erklärt Herr Sillmann. Modalitäten, z. B. steuerrechtliche Fragen, oder ob es einen eventuell separaten Vertrag gibt, sind noch zu klären. Bürgermeister Hollemann merkt an, dass die Stellungnahme der Verwaltung mit dem Feuerwehrkommandanten abgesprochen ist. Innerhalb der Feuerwehr muss jedoch noch eine entsprechende Interessensabfrage erfolgen. Die genauen Kosten werden nochmals im Gemeinderat vorgestellt werden.

Der Gemeinderat unterstützt den Antrag, in Bezug auf die Kooperation des Gemeindeverwaltungsverbandes mit der Firma Hansefit zur betrieblichen Gesundheitsvorsorge mit den vorgetragenen Ergänzungen einstimmig, dies auf die aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Denzlingen zu übertragen.

Anträge SPD-Fraktion

Nr. 3: Die Verwaltung wird aufgefordert für die Bewohner des Bebauungsplangebietes Theodor-Heuss-Platz einen neuen Bolzplatz auszuweisen.

Gemeinderätin Behnke erläutert den Antrag. Über den Standort sollte konkret diskutiert werden. Frau Monauni erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Die vorhandene Fläche soll so gestaltet werden, dass sich unterschiedlichste Gruppen dort aufhalten können. Alternativstandorte sind zu prüfen. Der Ansatz von 25.000 € wird wohl nicht ausreichen, merkt sie an. Gemeinderat Wöhrlin zeigt sich erfreut, dass die SPD diesen

Antrag aus 2012 aufgegriffen hat. Er berichtet über ein Kleinspielfeld in Teningen; dies wäre für ihn eine denkbare Lösung, vielleicht an mehreren Stellen. Die Kosten wären dann eventuell nicht so hoch. Bürgermeister Hollemann spricht sich dafür aus, erst Standorte und weitere Varianten für kleinere Bewegungsmöglichkeiten zu prüfen und auszudiskutieren. Hierfür soll die Verwaltung jedoch einen genauen Zeitplan vorlegen, so Gemeinderätin Behnke. Die Verwaltung wird aufgefordert, in den nächsten drei Monaten einen Vorschlag zur Abstimmung vorzulegen. Diese Ergänzung wird in den Beschlussvorschlag aufgenommen.

Der Gemeinderat beschließt mit 20 Ja-Stimmen und einer Enthaltung die Verwaltung aufzufordern, für die Bewohner des Bebauungsplangebietes Theodor-Heuss-Platz ein Konzept für einen neuen Bolzplatz innerhalb von drei Monaten zur Abstimmung vorzulegen.

Anträge Pro Storch

Nr. 5: Die Investition für einen wegweisenden und beleuchteten Werbe-Pylon für 6.000 € am Eingang zum Schwimmbad soll ersatzlos gestrichen werden.

Gemeinderätin Zimmermann erläutert den Antrag. Frau Monauni weist darauf hin, dass dies bereits im Technischen Ausschuss vorgestellt wurde. Die Genehmigung liegt vor. Der Pylon ist bereits produziert und kann montiert werden. Gemeinderätin Zimmermann versteht nicht, warum eine Maßnahme mit solchen Kosten bei den vorliegenden roten Zahlen realisiert wird. Gemeinderätin Loser erkundigt sich, ob der Gemeinderat informiert wurde. Frau Monauni berichtet, dass dies vorgestellt wurde und es keine ablehnende Haltung hierzu gab. Die Maßnahme liegt in der Wirtschaftsbefugnis des Eigenbetriebsleiters. Dies muss heute Abend nicht ausdiskutiert werden, so Gemeinderat Kieninger. Die Werbung sollte genutzt werden. Bei größeren Investitionen soll sich der Gemeinderat nochmals über den Ablauf unterhalten. Gemeinderat Echterbruch erinnert daran, dass dies im Technischen Ausschuss vorgestellt und keine Widerrede gestellt wurde.

Der Antrag wird von der Pro Storch Fraktion zurückgezogen.

Anträge SPD-Fraktion

Nr. 5: Die SPD beantragt, die mittelfristige Finanzplanung des Haushaltsplanentwurfes 2014 so zu verändern, dass die voraussichtlichen Kreditschulden und Kreditaufnahmen in den Jahren 2014 bis 2017 erheblich gesenkt werden. Im Einzelnen wird beantragt:

- a) Straßenbau allg. Parkplätze und Sanierung Eisenbahnstr. erst ab 2016 zu realisieren,
- b) Erschließung Baugebiet „Käppelematten“ nicht im Jahre 2016 sondern 2017 zu beginnen,
- c) Verbesserungsmaßnahmen Umbau Rosenstraße; Beginn der Realisierung nicht im Jahre 2014 sondern 2016,
- d) Neugestaltung Bahnhofsvorplatz mit ZOB und Parkhaus nicht im Jahr

- 2014 sondern 2016 zu beginnen,
- e) Rückbau Radwegführung ostseitig Berliner Str. erst im Jahr 2016 zu beginnen,
 - f) Auf der Einnahmeseite im Jahr 2016 Grundstückserlöse vorzusehen, wenn der Gemeinderat der Erschließung des Baugebietes „Unterer Heidach“ (Interfraktioneller Haushaltsantrag Nr. 2 der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen) zustimmt.

Gemeinderat Himpele verliest den Antrag. Auch möchte er eine Erklärung abgeben: nach heutiger Beschlusslage wird das Ziel nicht erreicht, er bittet die Gemeinderäte sparsam zu sein. Anhand der vorliegenden Tabelle erläutert Herr Bühler Verschiebungen im Haushalt. Danach erläutert Frau Monauni die Stellungnahme der Verwaltung zu den Unterpunkten des Antrages. Bürgermeister Hollemann sieht die Notwendigkeit, bei Punkt a) des Antrages jetzt tätig zu werden. Er sieht so persönlich die Unterstützung des ÖPNV. Die Gemeinde ist in der Verantwortung, Fördermittel werden beantragt werden.

Gemeinderat Dick unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion gerade im Hinblick auf die angesprochene Schuldenentwicklung der Gemeinde. Ersparnis ergibt sich durch Nichtmachen von Maßnahmen. Gemeinderat Wöhrlin findet es grundsätzlich in Ordnung, über einzelne Maßnahmen zu beraten und zu verschieben. Auch geht er auf einzelne Punkte und Möglichkeiten, zu verschieben, ein. Er spricht sich dafür aus, die einzelnen Punkte nochmals zu überdenken und in die Haushaltsberatung mit aufzunehmen. Vielleicht ist dann die Sachlage teilweise geändert bzw. überholt, sodass man darauf verzichten könnte. Gemeinderat Uehlin zeigt sich erfreut über die beantragten Sparmaßnahmen der SPD. Es handelt sich jedoch um keinen Verzicht, sondern nur um Verschieben. Im Gemeinderat muss sukzessive durchgegangen werden, welche Maßnahmen tatsächlich erforderlich sind. Gemeinderätin Nübling erkennt ebenfalls keine Ersparnis, sondern nur ein Verschieben. Gemeinderätin Höfflin sieht einen Vorteil, weil der Gemeinderat hierdurch Zeit gewinnen würde, einzelne Posten zu überdenken. Kreditschulden sind für Gemeinderat Himpele ein deutliches Zeichen für die Gesundheit einer Gemeinde. Er mahnt, die Notbremse zu ziehen, da ansonsten die Rechtsfähigkeit des Haushalts 2015 für ihn gefährdet scheint.

Danach wird über die Unterpunkte a) bis f) des Antrages einzeln abgestimmt.

Die SPD beantragt, die mittelfristige Finanzplanung des Haushaltsplanentwurfes 2014 so zu verändern, dass die voraussichtlichen Kreditschulden und Kreditaufnahmen in den Jahren 2014 bis 2017 erheblich gesenkt werden.

- a) Der Gemeinderat beschließt mit 16 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, den Straßenbau, allgemeine Parkplätze und Sanierung Eisenbahnstraße erst ab 2016 zu realisieren.
- b) Der Gemeinderat beschließt mit 21 Ja-Stimmen und einer Enthaltung, die Erschließung Baugebiet „Käppelematten“ nicht im Jahr 2016, sondern 2017 zu beginnen.
- c) Der Gemeinderat beschließt mit 21 Ja-Stimmen und einer Enthaltung die Verbesserungsmaßnahmen Umbau Rosenstraße nicht 2014 sondern 2016 zu beginnen.

- d) Der Gemeinderat beschließt mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit ZOB und Parkhaus nicht im Jahr 2014 sondern 2016 zu beginnen.
- e) Bürgermeister Hollemann weist daraufhin, dass eine verkehrsrechtliche Anordnung zur Einführung einer Zone 30 notwendig ist. Die Verwaltung bittet, dem Antrag deshalb nicht zuzustimmen. Der Gemeinderat lehnt mit 12 Gegenstimmen, 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab, den Rückbau Radwegführung ostseitig Berliner Straße erst im Jahr 2016 zu beginnen.
- f) Der Gemeinderat lehnt mit 14 Gegenstimmen, 7 Ja-Stimmen und einer Enthaltung ab, auf der Einnahmeseite im Jahr 2016 Grundstückserlöse vorzusehen, wenn der Gemeinderat der Erschließung des Baugebietes „Unterm Heidach“ (interfraktioneller Haushaltsantrag Nr. 2 der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen) zustimmt.

Anträge Pro Storch

Nr. 6: Die geplante Investition H.St. 2.3400.940000-802 „Vordach Scheune Helmethues verlängern als Unterstand für Dreschmaschine“ soll gestrichen werden.

Der Haushaltsansatz wird von der Verwaltung gestrichen. Auf Anfrage von Gemeinderat Frey erklärt Bürgermeister Hollemann, dass Gespräche mit dem Heimat- und Geschichtsverein stattfanden. Die Dreschmaschine steht künftig im Mattstein.

Sonstige Anträge

Nr. 1: Der FC Denzlingen 1928 e.V. beantragt einen Zuschuss in Höhe von einem Drittel der Kosten für die Sanierung der Duschräume und die Teilsanierung des Daches. Die Gesamtkosten betragen nach Stand vom 28.02.2014 (Vortrag FCD im GR) 84.443,87 €. Bei einer Drittelung der Kosten zwischen FCD, Badischen Sportbund und Gemeinde Denzlingen entfallen nach derzeitigem Stand 28.148 € auf die Gemeinde Denzlingen.

Herr Bühler erläutert den Antrag des FC Denzlingen. Bei einer Realisierung in 2014 würde die Maßnahme zu einem Drittel durch den Badischen Sportbund bezuschusst werden. Gemeinderäte Uehlin und Kieninger erklären Zustimmung. Die Maßnahme ist notwendig und sinnvoll.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, wie vom FC Denzlingen 1928 e. V. beantragt, einen Zuschuss in Höhe von 1/3 der Kosten für die Sanierung der Duschräume und die Teilsanierung des Daches zu gewähren. Die Gesamtkosten betragen nach Stand vom 28.02.2014 84.443,87 €. Bei einer Drittelung der Kosten zwischen FCD, Badischem Sportbund und der Gemeinde entfallen nach derzeitigem Stand 28.148 € auf die Gemeinde Denzlingen.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Hollemann für die Aufmerksamkeit bei der

Beratung der 23 vorgelegten Haushaltsanträge. Sukzessive werden die noch offenen Anträge im Rat beraten werden.

5. Verschiedenes, Fragen, Anregungen
- Fragestunde -

a) Rutschgefahr Holzdecks beim *delcanto*

Gemeinderätin Nübling nimmt Bezug auf den Bericht von Herrn Gall im Von Haus zu Haus bezüglich der Rutschgefahr beim *delcanto*. Sie ist der Meinung, dass etwas unternommen werden muss. Die Verwaltung weiß um diese Problematik, so Frau Monauni. Es werden Überlegungen hierzu angestellt. Aufgrund der finanziellen Situation wurde noch nichts im Gemeinderat vorgestellt. Es wird versucht, die Fläche grob zu reinigen, damit der Holzbelag etwas griffiger wird. Das Thema sollte in den nächsten Haushaltsberatungen gestellt werden. Für Gemeinderat Frey ist das Thema aktuell, die nächsten Haushaltsberatungen sollten hierzu nicht abgewartet werden.

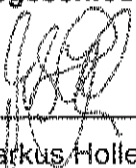
b) Höllgäße

Gemeinderat Wagner informiert, dass dort ein neuer Graben gezogen wurde. Auf der Nordseite des geteerten Wirtschaftsweges sieht er eine Gefahrenstelle. Er erkundigt sich, ob die Fläche im Gemeindebesitz ist. Herr Schneider berichtet, dass letzte Woche eine Abnahme durch das Flurbereinigungsamt erfolgt ist. Es wurden ebenfalls Dohlen und Gräben begutachtet. Die Anregung wird an das Flurbereinigungsamt weiter gegeben.

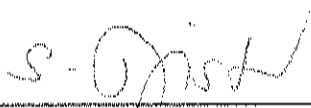
Keine weiteren Fragen und Anregungen

Der Vorsitzende schließt um 23:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Abgeschlossen und beurkundet

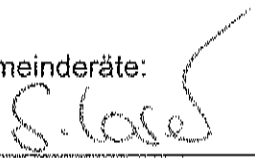


Markus Hollemann, Bürgermeister

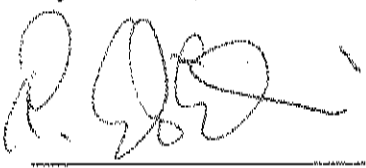


Sibylle Pfister, Protokollführung

Gemeinderäte:



Sylvia Loser



Rudolf Wöhrlin